

Büro HANS-DIETRICH GENSCHER

**Beitrag
von Bundesminister a. D.
Hans-Dietrich Genscher**

für das Handelsblatt

(Ausgabe vom 16. Juli 2014)

„Kein Anschluss unter dieser Nummer“

SPERRFRIST: 16.07.2014, 0700 h

Achtung Redaktionen!! Bitte Sperrfrist beachten!

Nach den Erfahrungen der deutschen Geschichte von 1933 bis 1945 nimmt es nicht Wunder, dass die Deutschen in Fragen der Rechtsstaatlichkeit höchst sensibel sind. Gottlob ist es so. Wir haben auch verstanden nach dem Zweiten Weltkrieg wo unser Platz in der Völkergemeinschaft nun endgültig sein soll: in der Gemeinschaft der westlichen Demokratien, in der EU also und in der NATO. Diese mutigen Nachkriegs-Entscheidungen waren Ausdruck einer weitsichtigen Verantwortungspolitik des am Boden liegenden, um einen neuen Anfang ringenden westdeutschen Teilstaates Bundesrepublik. Ohne die deutsche Zugehörigkeit wären EU und NATO nicht das was sie heute für die Welt bedeuten. Die deutschen Ostverträge und die KSZE haben den Weg nach Osten geöffnet. Die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses gegen schwerste innenpolitische Widerstände bewirkte eine neue Einschätzung durch Moskau.

Als gemeinsame Aufgabe bleibt das große politische Ziel der NATO, eine gerechte Friedensordnung für ganz Europa von Vancouver bis Wladiwostok. Das alles und die Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft und die deutsche Dankbarkeit für die Haltung der USA bei den Berlin-Krisen und bei der deutschen Vereinigung haben die amerikanisch-deutsche und die amerikanisch-europäische Partnerschaft zu einem Faktor globaler Stabilität werden lassen. Das hatte die Bundesregierung und das hatten die verantwortlichen Parteien Deutschlands im Auge, als die inakzeptablen Umtriebe amerikanischer Dienste in Deutschland bekannt wurden. Man muss es offen sagen: Bundeskanzlerin und Bundesaußenminister sind bis an den Rand der Selbstverleugnung gegangen, als sie durch ihre zurückhaltende Reaktion der Führung in Washington die Möglichkeit eröffneten, die Sache angemessen und partnerschaftlich in Ordnung zu bringen. Das war nicht Leisetreterei, es war staatsmännische Verantwortung. Leider gab es keine angemessene Reaktion aus Washington. Im Gegenteil. So muss man heute sagen, der Schaden, der durch die Haltung Washingtons nach Bekanntwerden des skandalösen Verhaltens seiner Dienste entstand, war noch größer als die Umtriebe der Dienste es zunächst erscheinen ließen. Man fragt sich warum? Die Antwort fällt nicht leicht und sie ist besorgniserregend. Noch immer werden die Veränderungen in der Welt in Washington nicht realisiert. Noch immer spuken die Ideen der Bush jun.-Zeit herum, die bipolare Weltordnung des Kalten Krieges sei durch eine unipolare auf Washington fokussierte und von dort dominierte Weltordnung abgelöst worden. Aber das ist schon nicht mehr die Welt von heute und erst Recht nicht die von morgen. Alles entwickelt sich hin zu einer kooperativen Weltordnung und nicht zu einer imperativen. Je früher das in Washington erkannt wird, umso besser auch für die USA selbst. Uns muss es besorgt machen, wenn wir die dramatisch nachlassende Autorität Washingtons in der Welt beobachten müs-

sen. Das kann niemand wollen, schon gar nicht wir Europäer und erst Recht nicht wir Deutsche. In einer neuen Weltordnung werden Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit der Völker und Nationen bestimmende Elemente sein. Die Verwandten und Nachbarn diesseits und jenseits des Atlantik, in Europa und in Nordamerika, sind nicht nur aufeinander angewiesen. Sie tragen auch gemeinsam die Verantwortung dafür, dass sich in dieser neuen Weltordnung Menschenrechte und Menschenwürde des Einzelnen genauso durchsetzen, wie die Unabhängigkeit und Ebenbürtigkeit der Völker.

Amerikaner und Europäer werden einander noch brauchen. Amerikanern und Europäern wird noch stärker bewusst werden, wie bedeutsam das politische Ziel der Allianz, formuliert im Harmel-Bericht von 1967, ist: eine gerechte europäische Friedensordnung zu schaffen von Vancouver bis Wladiwostok. Für die Zukunftsfähigkeit der transatlantischen Partnerschaft müssen sich Amerikaner und Europäer stets bewusst sein: sie ist nur lebensfähig auf gleicher Augenhöhe. Gewiss, wir hören aus Washington auch Stimmen der Vernunft. Da spricht das Amerika, wie wir es nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt haben. Aber als Freunde und Partner wünschen wir, dass es nicht so weit kommt, dass wir wie einst Henry Kissinger ironisch fragen müssen: Was ist die Telefonnummer Washingtons? Oder gar „kein Anschluss unter dieser Nummer“.